



Im Dezember 2025 hat US-Präsident Donald Trump die geopolitischen Spannungen in der Arktis erneut angeheizt. Mit der Ernennung des Gouverneurs von Louisiana, Jeff Landry, zum „Sondergesandten für Grönland“ verfolgt Trump augenscheinlich das Ziel, den Einfluss der Vereinigten Staaten auf das autonome dänische Territorium auszuweiten. Der Schritt hat nicht nur in Kopenhagen und Nuuk scharfe Reaktionen ausgelöst, sondern rückt auch grundsätzliche Fragen über Souveränität, Bündnistreue und strategische Interessen im hohen Norden in den Fokus.

Die Ernennung als politisches Signal

Jeff Landry gilt als loyaler Trump-Vertrauter und vertritt öffentlich die Ansicht, dass Grönland Teil der USA werden solle – eine Formulierung, die diplomatisch kaum zu überbieten ist. Die symbolische Ernennung zum Sondergesandten unterstreicht Trumps wiederholtes Narrativ, wonach Grönland für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten unverzichtbar sei – nicht zuletzt wegen seiner geografischen Lage im arktischen Raum, seiner Nähe zu Russland und seiner Rolle im Kontext chinesischer Polarforschung und Investitionen.

Die strategischen Interessen der USA in Grönland sind keineswegs neu. Bereits in der Vergangenheit – insbesondere während des Kalten Krieges – war die Insel ein wichtiger Bestandteil amerikanischer Frühwarnsysteme. Auch heute betreibt das US-Militär dort mit der Pituffik Space Base eine bedeutende Einrichtung. Dass die Arktis angesichts des Klimawandels wirtschaftlich an Bedeutung gewinnt – etwa durch neue Schifffahrtsrouten und den Zugang zu Rohstoffen wie Seltenen Erden –, verstärkt den geopolitischen Wettbewerb in der Region zusätzlich.

Dänemarks und Grönlands entschiedene Reaktion

Die Reaktion aus Kopenhagen und Nuuk fiel unmissverständlich aus. Die dänische Ministerpräsidentin und der grönländische Regierungschef betonten in einer gemeinsamen Erklärung, dass Grönland nicht veräußerbar sei und seine Zukunft ausschließlich in den Händen der grönländischen Bevölkerung liege. Dänemark berief zudem den US-Botschafter ein – ein seltener und ernster diplomatischer Schritt unter NATO-Partnern.

Auch aus Brüssel kam deutliche Rückendeckung für Dänemark: Führende EU-Vertreter verwiesen auf die Unantastbarkeit der territorialen Integrität und warnten vor Alleingängen, die das Vertrauen innerhalb des westlichen Bündnisses untergraben könnten.

In Grönland selbst wurde Trumps Vorstoß ebenfalls klar zurückgewiesen. Die politischen



Kräfte auf der Insel verfolgen mehrheitlich einen langfristigen Kurs in Richtung staatlicher Unabhängigkeit von Dänemark – jedoch auf Grundlage demokratischer Selbstbestimmung und nicht unter amerikanischem Einfluss. Umfragen und Wahlergebnisse deuten darauf hin, dass eine Angliederung an die USA in der Bevölkerung auf breite Ablehnung stößt.

Die Arktis als geopolitische Schlüsselregion

Das wachsende geopolitische Interesse an der Arktis speist sich aus mehreren Entwicklungen: Der Klimawandel macht bislang unzugängliche Ressourcen erschließbar und eröffnet neue maritime Handelsrouten. Gleichzeitig rückt die Region in den Fokus globaler Sicherheitsstrategien. Neben den USA sind auch Russland und China zunehmend aktiv: Moskau modernisiert seine militärische Infrastruktur in der Arktis, Peking bemüht sich um wirtschaftliche Präsenz und politische Einflussnahme.

In diesem Kontext erscheint Trumps Fokus auf Grönland als Versuch, den amerikanischen Zugriff auf die Arktis strategisch abzusichern. Washington sieht sich nicht nur als Schutzmacht Nordamerikas, sondern auch als Ordnungsfaktor in einer Region, die bislang weitgehend durch Kooperation geprägt war – etwa im Rahmen des Arktischen Rates.

Trumps unilateralistischer Stil steht dabei im Kontrast zur bisherigen Praxis multilateraler Abstimmung. Sein Vorgehen wird in Europa vielfach als Provokation empfunden, die nicht nur die dänisch-amerikanischen Beziehungen belastet, sondern auch die Kohärenz innerhalb der NATO gefährden könnte.

Eine Herausforderung für das westliche Bündnissystem

Die Ernennung eines US-Sondergesandten für Grönland ist mehr als ein symbolischer Akt – sie ist Ausdruck einer strategischen Neuausrichtung, die transatlantische Solidarität auf die Probe stellt. Während Washington auf geopolitische Interessen fokussiert, pochen Dänemark und die EU auf völkerrechtliche Prinzipien und Bündnisverlässlichkeit.

Hinzu kommt die innenpolitische Dimension: Für Dänemark ist Grönland ein sensibles Thema, das nicht nur mit kolonialhistorischer Verantwortung, sondern auch mit gegenwärtigen Debatten um Autonomie, Selbstbestimmung und indigene Rechte verknüpft ist. Ein amerikanischer Vorstoß, der diese Dynamiken ignoriert, läuft Gefahr, nicht nur diplomatisch zu scheitern, sondern auch destabilisierend auf die grönländische Gesellschaft zu wirken.

Unklar bleibt, wie dauerhaft und ernsthaft Trumps Initiative ist. Doch selbst wenn sie keine



unmittelbaren Konsequenzen zeitigt, hat sie eines bereits erreicht: Sie hat Grönland – erneut – in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit gerückt.

Die Arktis wird auch im Jahr 2026 ein geopolitischer Brennpunkt bleiben. In einer zunehmend fragmentierten Weltordnung steht die Frage im Raum, ob alte Allianzen neuen Großmachtambitionen standhalten können – und wie viel Bedeutung internationale Regeln noch haben, wenn strategische Interessen mit Nachdruck verfolgt werden.

WEITERE MELDUNGEN

Ein ranghoher **russischer General** wurde bei einem Autobombenanschlag in Moskau getötet – offenbar der jüngste in einer Reihe gezielter Attentate auf Gegner der Ukraine innerhalb Russlands.

US-Präsident Trump ernannte einen Sondergesandten für Grönland und verstärkte damit seine Bemühungen, das halbautonome Gebiet unter amerikanische Kontrolle zu bringen.

Die **Trump-Regierung** hat fast 30 Botschafter aus diplomatischen Vertretungen weltweit zur Rückkehr in die USA aufgefordert.

Oracle-Gründer Larry Ellison erklärte, er werde persönlich über 40 Milliarden Dollar für die feindliche Übernahme von Warner Bros. durch seinen Sohn garantieren.

Der Lynchmord an einem hinduistischen Textilarbeiter in **Bangladesch** hat die Sorge vor wachsender religiöser Intoleranz geschürt.

Nach dem **Louvre** nun auch der **Élysée-Palast**: Aus der französischen Präsidentenresidenz wurden wertvolle Kupfertöpfe, Porzellan und Champagnergläser gestohlen.

Autor: P. Tiko